

## Leerstelle oder Kampfbegriff?

Wahlprogramme transportieren für die Partei identitätsprägende Vorstellungen und formulieren vor diesem Hintergrund Vorschläge für die politische Gestaltung der nächsten Legislaturperiode. Die Glaubhaftigkeit eines Programms speist sich aus der überzeugenden Übersetzung von Grundhaltungen in Handlungsentwürfe. Wichtige Grundbegriffe sind etwa Freiheit, Eigentum, Marktwirtschaft, Ökologie und Solidarität. Wie verhalten sich die Parteien zum Eigentum? Es ist ein Schnittstellenbegriff mit engen Verbindungen zu persönlicher Freiheit, Aufbau und Funktionsweise des Wirtschaftssystems sowie zur Abgrenzung von Eigenverantwortung gegenüber dem Solidarprinzip.

Ein Indikator für Relevanz ist die Häufigkeit der Nennung des Eigentums: CDU/CSU 9, SPD 4, FDP 15, Linke 28 und Grüne 7. Union, SPD und Grüne greifen nur in geringem Maße auf den Eigentumsbegriff zurück. Dort mögen andere Leitvorstellungen die Programme prägen. Demgegenüber sticht die Ballung bei FDP (starke Befürwortung) und Linke (starke Ablehnung) ins Auge.



Das Programm von **CDU/CSU** folgt einem pragmatischen Ansatz. Leitbegriffe erscheinen wenig priorisiert nebeneinander. Auch der Eigentumsbegriff wird nicht hervorgehoben oder in seinen Verbindungslinien zu persönlicher Freiheit und Marktordnung kontextualisiert. Einzelne Erwähnungen wirken zufällig: „Chinas Machtwillen [...] entgegenzutreten [...], insbesondere beim Schutz des geistigen Eigentums“, „Finanzierung von Wohneigentum nicht aufgrund überzogener regulatorischer Anforderungen unnötig einschränken“, „Bezieher staatlicher Transferleistungen im Rentenalter grundsätzlich in ihrem Wohneigentum verbleiben lassen“, „Wohneigentum ermöglichen“. Ohne klares Bekenntnis zu prioritären Werten bleiben Fragen nach den Grundhaltungen der Union, auch zum Eigentum, offen und es stellt sich die Frage der Zuverlässigkeit politikfeldspezifischer Aussagen, etwa zur Steuerpolitik. Gleichzeitig vermag ideale Flexibilität Verhandlungsspielraum für spätere Gespräche mit anderen Parteien ermöglichen.



Die **SPD** hängt ihren Gestaltungsanspruch am Ziel eines „sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrags“ auf. In den Umsetzungsvorschlägen verdeutlichen Schlüsselbegriffe wie „Gewerkschaften“ (8) und „Solidarität“ (16) das sozialdemokratische Denken. Das Eigentum findet keine Würdigung und erscheint nur an wenigen Stellen, die auch mehr besondere Formen des Staatseigentums oder des sozial gebundenen Eigentumseinsatzes ansprechen: „Öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren“, „Rechtliche Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und Unternehmen in Verantwortungseigentum, werden wir verbessern.“ Das „Wohneigentum“ wird erwähnt, aber nur mit Blick auf den Erwerb von „Genossenschaftsanteilen“ oder den „Mietkauf“. Kritisch gegen die Eigentumsidee richtet sich der Vorschlag einer Erneuerung der Vermögensteuer.

## Das „Eigentum“ in den Wahlprogrammen



Die **FDP** macht die Eigentumsidee zum integrativen Boden ihres Programms: „Nutzen wir die Schubkraft der Freiheit, der Sozialen Marktwirtschaft und der Modernisierung für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit [...]. Mehr Chancen zum Aufbau von Eigentum für mehr Zukunftssicherung.“ Das Eigentum ist der Faden, der die liberale Auffassung von Freiheit materiell fortsetzt und mit der Marktwirtschaft verknüpft. Entsprechend wird es zum Wertmaßstab für die politischen Handlungsfelder: „Eigentum in der Mitte der Gesellschaft“, „Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Eigentumsturbo“, „Wohneigentum fördern“, „Eigentum und Altersvorsorge“, „Eigentum im Patentrecht“, „Kulturgutschutzgesetz überarbeiten – Eigentumsrechte stärken“.



Ganz anders **Die Linke**: „Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit.“ Freiheit, Eigentum und Markt stehen hier unter dem Gestaltungsanspruch eines lenkenden Staats, der gesellschaftliche Gleichheit anstrebt. Im Einzelnen heißt es: „Öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen“, „Dienstleistungen und Infrastrukturen als Sozialeigentum“, „Stopp der Privatisierung von öffentlichem Eigentum“, „Anteil öffentlichen Eigentums an Boden erhöhen“, „Wohnungen zurück in öffentliches Eigentum“, „Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen“, „Vergesellschaftungsgesetz“ (für Wohnungen), „Vermögensteuer“.



Leitbegriff im Programm der **Grünen** ist das Ziel der „Transformation“ der „sozialen Marktwirtschaft“ hin zu einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“. Dieser Ansatz ist wirtschaftstheoretisch verortet, nicht eigentumstheoretisch. Das Programm macht Vorschläge, eine umweltverträgliche, soziale und zugleich wettbewerbsfähige Wirtschaftsordnung zu errichten. In diesem Programmansatz erscheint das Eigentum begrifflich mehr punktuell, jedoch stets in solchem Kontext, in dem inhaltlich das Balancieren widerstreitender Ziele erfolgen soll, etwa wenn es um die Privilegierung des „selbstgenutzten Wohneigentums“ geht (im Kontrast zu stärken Regulierung vermieteten Wohnraums) oder um die Forderung nach einer neuen Unternehmensrechtsform „Verantwortungseigentum“ (die freilich gerade die eigentumstypische Personenbindung aufgibt und das Unternehmen in einer Art der Mitarbeitervergesellschaftung überführt). In deutlicher Abgrenzung zur Eigentumsidee sprechen sich die Grünen für eine Vermögensteuer aus. Die enge Verbindung von Grundhaltung und Handlungsvorschlägen scheint geeignet, dem grünen Wahlprogramm in möglichen Gesprächen mit anderen Parteien eine besondere Durchschlagskraft zu verleihen.

Im Resümee lässt sich festhalten, dass die Eigentumsidee bei den derzeit umfragestärksten Parteien CDU/CSU und Grüne keine tragende Rolle spielt. Das Unionsprogramm ist geprägt von Pragmatismus, der sich aus 16 Jahren alltagstauglicher Regierungsarbeit erklären mag, indes die Abgrenzung zu Konkurrenten erschwert. Die Grünen haben ein Programm vorgelegt, das sich konsequent am Ziel einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ orientiert, aber in der Umsetzung zu Konflikten mit Eigentümern und Wirtschaft führen könnte. Die SPD strebt nach einem „sozial-ökologischen Wandel“ und lässt Präferenzen für öffentlich-rechtliches Eigentum und Gemeineigentum erkennen. Positive Grundlage des Programms ist das Eigentum bei der FDP, Reibungspunkt bei der Linken. Ein Lagerunterschied zwischen CDU/CSU und FDP gegenüber SPD, Linke und Grünen ist die Ablehnung oder Befürwortung der Vermögensteuer.